



Politische Forderungen

Die Zukunft bargeldloser Bezahlverfahren

Die Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. ist eine unabhängige Dialogplattform für Vertreter:innen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Medien. Sie beschäftigt sich seit fast zwanzig Jahren mit dem Bezahlen in Deutschland und informiert über die Vorteile der digitalen, elektronischen und kartenbasierten Bezahlverfahren der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) als sichere und kostengünstige Bezahlösung – darunter die girocard, Deutschlands meistgenutzte Debitkarte. Die Initiative beobachtet aktuelle Trends und Entwicklungen und greift diese auf, um sich für einen technologischen Fortschritt bei Bezahlverfahren einzusetzen. Die Verbreitung bargeldloser Zahlungssysteme hat das Potential, die Digitalisierung in Deutschland und der EU zu befördern und den Alltag der Menschen zu erleichtern. Damit dies gelingt, müssen der deutsche und europäische Gesetzgeber die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

1. Überregulierung im Finanzbereich reduzieren

Regulierungen sind notwendig, fördern die Einhaltung einheitlicher Regelwerke und schaffen homogene Vorgaben im Währungsgebiet. Richtige Regulierungen schaffen Voraussetzungen dafür, dass ein fairer Wettbewerb unter gültigen Standards stattfinden kann. Darüber hinaus können sie Verbraucher:innen und die Stabilität des Finanzsystems schützen.

In den letzten Jahren müssen Unternehmen im Finanzbereich jedoch eine immer größere Zahl von neuen Vorschriften einhalten. Bei fehlender Praxisnähe der Gesetzgeber und Behörden kann eine nicht ausgereifte oder zielgerichtete Gesetzgebung in bürokratischen und IT-technischen Mehraufwand bei der Umsetzung führen. Dies geschieht oftmals im laufenden Betrieb und ist vor allem für kleinere Finanzmarktteilnehmer meist schwer umzusetzen. Regulatorik sollte deshalb nur an Stellen eingesetzt werden, wo sie Innovationen befördern kann. Außerdem sollten dabei marktwirtschaftliche Prinzipien verfolgt werden, sodass sich Produktanforderungen vor allem marktgetrieben entwickeln können und nicht durch den Gesetzgeber vorgegeben werden. Es braucht ein politisches und regulatorisches Umfeld, welches die richtigen Ansätze für Wirtschaft und Gesellschaft setzt und somit sinnvolle Investitionen unterstützt. Diese sind unerlässlich, um die großen Krisen dieser Zeit überwinden und die digitale Transformation vorantreiben zu können. Zu diesem Zweck braucht es zwingend konstruktive Rahmenbedingungen.

2. Europäische Kooperation ausbauen und nationale Bezahlverfahren stärken

Gerade vor dem Hintergrund der fortwährenden geopolitischen Entwicklungen in Europa und der Welt wird deutlich, wie wichtig Unabhängigkeit in zentralen volkswirtschaftlichen Belangen ist – dazu gehört nicht zuletzt der Ausbau europäischer Zahlungssysteme. Mit der European Payment Initiative (EPI) wurde von Banken, Sparkassen und Zahlungsdienstleistern aus unterschiedlichen europäischen Ländern ein Bestreben nach einer europäischen Lösung für den elektronischen Zahlungsverkehr ins Leben gerufen, um mehr Unabhängigkeit von internationalen Anbietern zu erlangen. Dies wird nun mit dem digitalen Wallet „wero“ umgesetzt, mit dem „Peer-to-peer“ (P2P) Transaktionen innerhalb von Europa mit Instant-Payment möglich sein wird. Nationale Kartensysteme wie die girocard können in das Wallet integriert werden. EPI soll so ein offenes Ökosystem darstellen, dessen Scheme sich alle europäischen Issuer und Acquirer in Zukunft anschließen können. Bereits im Dezember wurde die erste grenzüberschreitende Instant-Payment-Transaktion zwischen einem deutschen und einem französischen Konto durchgeführt. Im Juni 2024 startet „wero“ großflächig mit dem P2P-Angebot in Deutschland, Belgien und Frankreich.

Aus dem Streben nach mehr Autonomie gegenüber internationalen Zahlungsanbietern wird in der EU auch eine digitale Zentralbankwährung als Ergänzung zum Euro-Bargeld entwickelt: Die EZB arbeitet aktuell an der Ausgestaltung eines digitalen Euro, während die EU-Kommission mit ihrem Verordnungsentwurf zur Ausgestaltung der digitalen Währung einen möglichen Rechtsrahmen vorschlägt. Die aktuelle Ausgestaltung schlägt den Weg als gesetzliches Zahlverfahren ein, welches mit privaten Zahlverfahren in Wettbewerb treten könnte. Dabei stellt sich die Frage nach dem realen Mehrwert des digitalen Euro, da sowohl „wero“ als auch der digitale Euro den gleichen Use Case bedienen. Eine weitgehende Überschneidung beider Anwendungsfälle würde bei einer verpflichtenden Bereitstellung des digitalen Euro als gesetzliches Zahlverfahren die private Lösung benachteiligen. Außerdem muss für beide Lösungen eine breite Akzeptanz und eine hohe Sicherheit für Verbraucher:innen garantiert werden können. Starke nationale Bezahlssysteme bilden die Basis für die Entwicklung europäischer Lösungen. Sie müssen deshalb nicht nur bestehen bleiben – ihr gegenseitiges Interagieren muss gestärkt und gefördert werden.



Durch die bisherige Abwesenheit von umfassenden europäischen Lösungen gehören internationale Zahlungssysteme aktuell zu den Profiteuren. In diesem Spannungsfeld fordert die Initiative den Gesetzgeber dazu auf, Rahmenbedingungen auszugestalten, die eine Entfaltung von nationalen und europäischen Zahlungssystemen erlauben und befördern.

3. Auf dem Weg zu einem offenen Finanzwesen

In den vergangenen Jahren hat sich der Markt für Zahlungsdienstleistungen stark verändert: Elektronische Zahlungen haben zugenommen, neue Marktteilnehmer sind auf den Markt getreten und neue Zahlungsdienstleistungen haben sich entwickelt – insbesondere Dienstleistungen im Bereich des offenen Bankwesens. Open Banking macht es Marktteilnehmer:innen möglich, über offene Anwendungsschnittstellen (Application Programming Interfaces, APIs) sicheren Zugang zu Kundendaten und Diensten bei Banken zu erhalten. Marktteilnehmer können ihren Kund:innen so eigene Dienstleistungen anbieten, da diese Daten und Dienste der Banken benutzen. Kund:innen erhalten einen einfachen Zugang zu digitalen Dienstleistungen wie Bonitäts- und Legitimationsprüfungen oder automatisierten Übertragungen von Daten. Mit der Überarbeitung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie und dem Legislativvorschlag über einen Rahmen für den Zugang zu Finanzdaten will die EU sicherstellen, dass der Finanzmarkt für das digitale Zeitalter gerüstet und in der Lage ist, auf jene Veränderungen am Markt angemessen reagieren zu können.

Open Finance ist ein wichtiger Schritt zu einem digitalen Binnenmarkt in Europa und innovativem Fortschritt. Wichtig ist hierbei jedoch, dass bei der Ausgestaltung profitable Geschäftsmodelle im Blick behalten werden. Marktteilnehmende müssen sich ihre Leistungen marktgerecht vergüten lassen dürfen. Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass Haftungsfragen klar geregelt sind. Das Risiko einer unkontrollierten Datenweitergabe muss so weit wie möglich vermieden werden und abgesichert sein.

4. Digitale Identitäten

Mit der digitalen Identität werden EU-Bürger:innen über eine zukunftsfähige, vertrauenswürdige und sichere Wallet verfügen, die es ihnen ermöglicht, Ausweisdokumente digital zu speichern. Nutzer:innen erhalten mit der EUid-Wallet die Möglichkeit, sich online und offline sicher und grenzüberschreitend auszuweisen. Außerdem wird es mit dem Wallet auch möglich sein, Zahlungen im E-Commerce oder mit dem digitalen Euro zu tätigen. Für die digitale Transformation und Teilhabe ist die digitale Identität essenziell. Nach der Einigung auf EU-Ebene erarbeitet das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) gemeinsam mit weiteren Stakeholdern ein Gesamtsystem für digitale Identitäten auf deutscher Ebene, bei dem eine prototypische Infrastruktur sowie das entsprechende Wallet im Zentrum stehen. Neben den

positiven Aspekten – wie etwa einer erhöhten Benutzungs-freundlichkeit – gibt es bei dem Vorhaben auch kritische Aspekte, die Beachtung finden müssen. Die Verknüpfung von Wallets mit digitalen Identitäten kann unter anderem Datenschutzbedenken mit sich bringen. Es muss sichergestellt werden, dass Zahlungsdaten und persönliche Informationen der Nutzer:innen ausreichend geschützt sind. Um EU-übergreifend eine konsistente Anwendung garantieren zu können, müssen darüber hinaus universell geltende Standards für die EUid und die Wallet-Integration festgelegt werden. Die tatsächlichen Auswirkungen hängen jedoch stark von der Implementierung und der Art der Wallet-Integration ab. Neben den technischen Fragen ist eine stetige Evaluation hinsichtlich Kosten und Aufwand notwendig. Banken haben bereits erhebliche Ressourcen in den Aufbau starker Kundenauthentifizierungssysteme (SCA) investiert, um die Anforderungen der PSD2 einzuhalten. Neue Anforderungen könnten immense Auswirkungen auf bestehende Verfahren haben und erhebliche Kosten bedeuten. Denn für private oder kleinere Unternehmen kann die Umsetzung der Verordnung eine große Herausforderung sein, da diese bisher keinen hoheitlichen Identifizierungsprozessen unterlagen.

Bezahlinnovationen können Katalysator für eine erfolgreiche digitale Innovationskultur sein. Um diese schaffen und aus-gestalten zu können, benötigt der Markt gesetzgeberische Stabilität. Langfristig sollten so auch digitale europäische Champions aktiv gefördert werden, um ein wichtiges Gegengewicht zu chinesischen und US-amerikanischen Unternehmen zu bilden.

Die **Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V.** ist überzeugt, dass modernes und verbraucherfreundliches bargeldloses Bezahlen innovationstreibend für verschiedene Branchen sein kann. Der Verein mit Sitz in Berlin leistet Aufklärungsarbeit über die girocard als sichere, unabhängige und weit verbreitete Bezahlösung. Er versteht sich als Netzwerk für Unternehmen und Institutionen, die die bargeldlosen Bezahlverfahren der Deutschen Kreditwirtschaft akzeptieren oder die hierfür notwendige Infrastruktur bereitstellen.

Zu den Bezahlverfahren

Rund 100 Millionen girocards von Banken und Sparkassen gibt es in Deutschland – fast jede:r Bürger:in hat sie in der Tasche. Immer mehr Banken und Sparkassen ermöglichen ihren Kund:innen mit der girocard als Deutschlands meist genutzter Debitkarte den neuen, komfortablen Service des kontaktlosen Bezahlens mit physischer Karte oder aber als digitale Karte im Smartphone oder der Smartwatch.

Weitere Informationen finden Sie unter
<https://www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de>